

SÄA-7 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin

Antragsteller*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela
Erler (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **§ 16 Die Landesdelegiertenkonferenz**

3 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) nimmt in der Regel die Aufgaben der
4 Landesmitgliederversammlung wahr. Sie setzt sich aus Delegierten der
5 **Kreisverbände** sowie dem
Landesvorstand zusammen.

6 (2) Die LDK tagt mindestens zweimal im Jahr. Sie findet auf Einladung des
7 Landesvorstandes
8 statt. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von
9 mindestens
sieben Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden. Sie
muss
einberufen werden, wenn

10 a) der Landesausschuss mit einfacher Mehrheit,

11 b) fünf **Kreisverbände** und innerparteiliche Vereinigungen,

12 c) 10% ihrer Mitglieder oder

13 d) der Landesvorstand

14 dies beschließen.

15 (3) **Jeder Kreisverband erhält** Mandate entsprechend **seiner** Mitgliederzahl, indem

16 die Zahl
17 **seiner** Mitglieder durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes
18 dividiert wird und
19 das Ergebnis mit 130 multipliziert und zur nächsten vollen Zahl gerundet wird.
20 **Die Zahl muss**
21 **aber in jedem Fall mindestens 1 betragen (Grundmandat).** Maßgeblich sind die für
22 den letzten
23 Jahresrechnungsbildungsbericht geprüften Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser
24 Satzung. In
25 der Regel werden die Delegierten für ein Jahr, mindestens jedoch einmal im
26 Kalenderjahr,
gewählt, Wiederwahl ist unbeschränkt möglich. Auf Verlangen eines Mitgliedes der
entsendenden Gruppe ist die Mandatierung vor einer LDK zu bestätigen, wenn dies
in der
Einladung angekündigt war. Das Mandat ist nicht übertragbar. Die **Kreisverbände**
können
Ersatzdelegierte wählen, die bei Verhinderung oder Ausscheiden das Mandat
wahrnehmen können.
Scheidet ein*e Delegierte*r vorzeitig aus, findet eine Nachwahl für die
verbleibende
Amtszeit statt.

27 ...

28 **ALT**

29 **§ 16 Die Landesdelegiertenkonferenz**

30 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) nimmt in der Regel die Aufgaben der
31 Landesmitgliederversammlung wahr. Sie setzt sich aus Delegierten der
32 **Bezirksgruppen, der**
Abteilungen und der innerparteilichen Vereinigungen sowie dem Landesvorstand
zusammen.

33 (2) Die LDK tagt mindestens zweimal im Jahr. Sie findet auf Einladung des
34 Landesvorstandes
35 statt. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von
36 mindestens
sieben Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden. Sie
muss
einberufen werden, wenn

37 a) der Landesausschuss mit einfacher Mehrheit,

38 b) fünf **Bezirksgruppen, Abteilungen** und innerparteiliche Vereinigungen,

39 c) 10% ihrer Mitglieder oder

40 d) der Landesvorstand

41 dies beschließen.

42 (3) **Jede Bezirksgruppe, jede Abteilung und jede innerparteiliche Vereinigung**
43 **erhält zwei**

44 **Grundmandate. Zusätzlich erhalten sie** Mandate entsprechend **ihrer** Mitgliederzahl,
45 indem die

46 Zahl **ihrer** Mitglieder durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes
47 dividiert wird

48 und das Ergebnis mit 130 multipliziert und zur nächsten vollen Zahl gerundet
49 wird.

50 Maßgeblich sind die für den letzten Jahresrechenchaftsbericht geprüften
51 Mitgliederzahlen

52 gemäß § 5 Absatz 3 dieser Satzung. In der Regel werden die Delegierten für ein
53 Jahr,

mindestens jedoch einmal im Kalenderjahr, gewählt, Wiederwahl ist unbeschränkt
möglich. Auf

Verlangen eines Mitgliedes der entsendenden Gruppe ist die Mandatierung vor einer
LDK zu

bestätigen, wenn dies in der Einladung angekündigt war. Das Mandat ist nicht
übertragbar.

Die **Gliederungen und innerparteilichen Vereinigungen** können Ersatzdelegierte
wählen, die bei

Verhinderung oder Ausscheiden das Mandat wahrnehmen können. Scheidet ein*e
Delegierte*r

vorzeitig aus, findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

54 ...

Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des

Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>